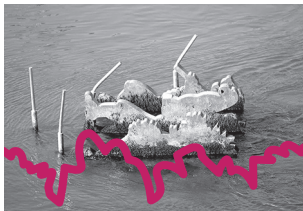




Kanton Basel-Stadt

Jahresbericht 2021 Kurzversion



TITELBILDER 2021

Die Titelbilder des Jahrgangs 2021 (Budget- und Jahresbericht sowie die Kurzversion des Jahresberichts) zeigen abstrakte Muster, die auf Basis von Basler Skulpturen entstanden sind. Die Schöpferinnen und Schöpfer dieser Skulpturen haben alle einen starken Bezug zu Basel. Die Muster wurden von der mehrfach ausgezeichneten und in Basel wohnhaften Designerin Fabia Zindel gestaltet.

Brunnenskulptur auf dem Meret Oppenheim-Platz

Die Brunnenskulptur auf dem Platz an der Südseite des Bahnhof sbb ist eine posthume Vervielfältigung des Werks «Die Spirale (der Gang der Natur)» der Künstlerin Meret Oppenheim. Die Plastik inspirierte das Muster auf dem Titelbild des Budgetberichts 2021.

«Lagerstätte» von Ludwig Stocker

In Anlehnung an ägyptische Grabkammern ruhen die Ehrenzeichen der drei Basler Ehrengesellschaften auf einem Katafalk im Rhein. Das Muster auf dem Titelbild des Jahresberichts 2021 übernimmt die Konturen der «Lagerstätte» von Ludwig Stocker.

Wasserspiel von Helen Balmer

Das Titelbild der Kurzversion des Jahresberichts 2021 skizziert das «Wasserspiel» von Helen Balmer. Das Kunstwerk im Garten des Universitätsspitals entstand im Kontext der Einführung des Frauenstimmrechts in der Schweiz.

Inhalt

Vorwort	2
Grusswort des Regierungsrates	

Basel-Stadt in Zahlen	4
Illustrierte Zahlen und Fakten zum Kanton Basel-Stadt	

Wichtige Ereignisse	6
Die wichtigsten Entwicklungen im Kanton Basel-Stadt im Jahr 2021	

Jahresrechnung 2021	20
----------------------------	-----------

«Aus Basel»	
Basel-Stadt ist ein guter Boden für Menschen, die Neues suchen. Eine Auswahl.	

Liebe Leserin, lieber Leser

Auch das vergangene Jahr war in weiten Teilen von der Corona-Pandemie geprägt. Der Regierungsrat – seit Februar 2021 mit vier neuen Mitgliedern – hat seine Strategie bei der Bekämpfung der Pandemie erfolgreich weitergeführt.

Mit Impfung und Zertifikaten konnte eine kontrollierte Immunisierung der Bevölkerung erreicht werden, dank welcher der Kanton die Dynamisierung der Seuche in der kalten Jahreszeit ohne Spitalkollaps und Betriebsschließungen bewältigen konnte. Daneben galt es, den Folgen der Krise unter anderem mithilfe von Kurzarbeitsentschädigungen und Härtefall-Unterstützungen entgegenzuwirken. Die deutliche Zustimmung der Stimmberechtigten in Basel-Stadt bei den zwei Referendumsabstimmungen zum Covid-19-Gesetz ist Ausdruck davon, dass die Bevölkerung mit der Coronapolitik grundsätzlich einverstanden war.

Das Klima, eines der drängendsten Themen, wurde 2021 verwaltungsübergreifend im Präsidialdepartement verankert. Ab 2022 soll eine neue Fachstelle geschaffen werden, die die fortschrittliche und ambitionierte Nachhaltigkeitspolitik des Kantons weiter stärken und den strategischen Lead

übernehmen wird. Der Regierungsrat hat im Juni 2021 darüber hinaus das Stadtklimakonzept beschlossen. Dieses zeigt konkrete Massnahmen auf, um von Hitze und Trockenheit besonders betroffene Quartiere zu begrünen und bewässern.

Der Individualverkehr spielt eine wichtige Rolle sowohl für das Klima als auch für die Lebensqualität in der Stadt. Mit der Einführung von Velostrassen, der Beseitigung von Gefahrenstellen sowie dem frisch gestarteten Pilotprojekt «velofreundliches Gleis» konnte der Veloverkehr im vergangenen Jahr weiter gefördert werden. Einfach umsetzbare Sofortmassnahmen wie die breite Velofahrbahn auf der Münchensteinerbrücke machen zudem den Verkehr für alle Teilnehmenden noch sicherer.

Die Wohnpolitik ist und bleibt auch weiterhin ein wichtiges Thema, damit Basel-Stadt auch in Zukunft ein attraktiver Wohnort für alle Menschen aus

allen Gesellschaftsschichten sein kann. Die Annahme der Initiative «Ja zum echten Wohnschutz» hat gezeigt, dass der Kanton weiter dranbleiben muss, damit günstiger und sicherer Wohnraum für alle Menschen gewährleistet ist.

Als erster Deutschschweizer Kanton hat Basel-Stadt im vergangenen Jahr den Mindestlohn für die Arbeitnehmenden gesichert. Die Stimmbevölkerung hat im Juni den Gegenvorschlag des Regierungsrates angenommen. Auch beim Thema «Vereinbarkeit von Familie und Beruf» hat der Kanton im vergangenen Jahr Fortschritte erzielt. Das Tagesstruktur-Angebot wird weiter ausgebaut, damit künftig allen Kindern, die Betreuungsbedarf haben, ein Platz in den Tagesstrukturen zur Verfügung steht.

Der Kanton Basel-Stadt steht auf einem soliden finanziellen Fundament. Die OECD-Steuerreform wird für den Kanton jedoch Auswirkungen haben, auch wenn die finanziellen Konsequenzen derzeit noch nicht abschätzbar sind. Der Regierungsrat wird die baselstädtischen Interessen bei der Lösung dieser Herausforderung weiterhin konsequent einbringen, damit die Standortattraktivität für Unternehmen auch künftig gesichert werden kann.

Im Bildungsbereich konnte der Regierungsrat ein wichtiges Dossier zum Abschluss bringen. Sowohl der Grosse Rat als auch der Baselbieter Landrat haben 2021 den neuen Universitätsvertrag mit dem Globalbeitrag 2022–2025 nahezu einstimmig angenommen. Die Universität darf sich nun auf eine neu geordnete paritätische Trägerschaft beider Kantone verlassen.

Das am 1. September 2021 in Kraft getretene revidierte Übertretungsstrafgesetz hat für eine wahrnehmbare Besserung bei der Situation mit den Bettelnden gesorgt. Es handelt sich um ein massvolles Verbot, das die



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatschreiberin

Kaspar Sutter
Vorsteher Departement
für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

Dr. Tanja Soland
Vorsteherin Finanzdepartement

Dr. Lukas Engelberger
Regierungsvizepräsident,
Vorsteher Gesundheitsdepartement

Beat Jans
Regierungspräsident,
Vorsteher Präsidialdepartement

Dr. Conradin Cramer
Vorsteher Erziehungsdepartement

Dr. Stephanie Eymann
Vorsteherin Justiz- und
Sicherheitsdepartement

Esther Keller
Vorsteherin Bau- und Verkehrs-
departement

deutlichen und zahlreichen Klagen der Bevölkerung berücksichtigt, ohne das Betteln komplett zu verbieten.

Schliesslich konnte der Regierungsrat im vergangenen Jahr Grundlagen schaffen, die für die zukünftige Entwicklung unseres Kantons wichtig sind. Das neue Leitbild Digitale Verwaltung Basel-Stadt und die neue Position des Chief Digital Officer bilden die Basis dafür, dass der Kanton die Chancen der Digitalisierung für die Bevölkerung, die Wirtschaft und die Mitarbeitenden nutzen kann.

Es scheint sich abzuzeichnen, dass die langersehnte Entspannung in der Corona-Krise nun endlich eintritt. Damit blicken wir hoffentlich wieder in eine Zukunft, die von mehr Normalität geprägt ist. Der Regierungsrat dankt der Bevölkerung für das Vertrauen, das sie den Behörden von Basel-Stadt schenkt.

BEVÖLKERUNG KANTON BASEL-STADT

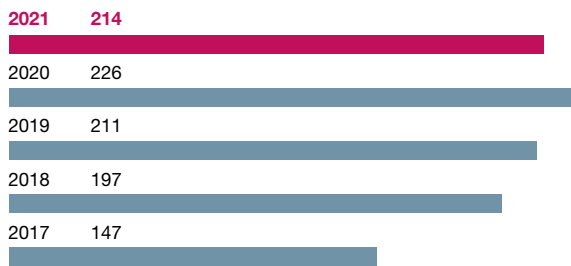


201 805



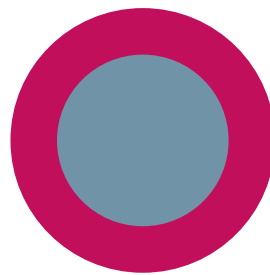
BAU- UND WOHNUNGSWESEN
BAUBEWILLIGUNGEN: BESTAND BEWILLIGTE GEBÄUDE

214



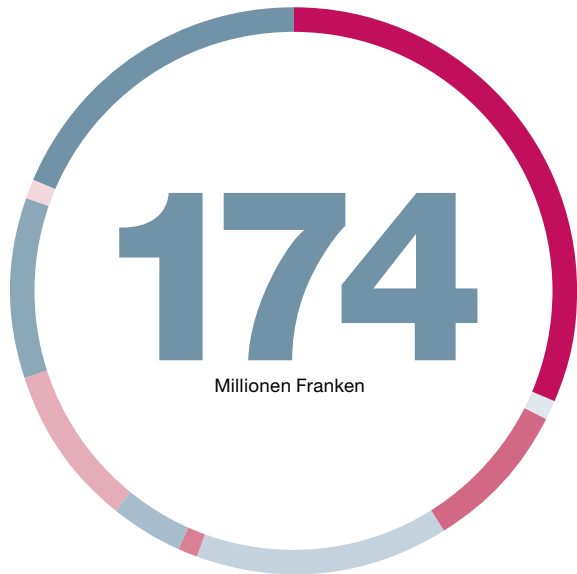
VOLKSWIRTSCHAFT BIP PRO KOPF
in Franken

202 156



Nominales BIP im Vergleich
Basel 202 156 Fr.
Schweiz 84 977 Fr.

FINANZEN COVID-19-MASSNAHMEN



- Unterstützung Spitäler/Pflegeheime 55 Mio. Fr.
- Einkauf Schutzmaterial 2 Mio. Fr.
- Unterstützung Kultur 15 Mio. Fr.
- Unterstützung Hotellerie, Tourismus und Gastronomie 25 Mio. Fr.
- Unterstützung Löhne Lernende 2 Mio. Fr.
- Unterstützung Geschäftsmieten 7 Mio. Fr.
- Defizitdeckung öffentlicher Verkehr 16 Mio. Fr.
- Impfzentrum 18 Mio. Fr.
- Massentests 2 Mio. Fr.
- Sonstiges 32 Mio. Fr.

UMWELT INVERKEHRSETZUNG VON PERSONENWAGEN



BILDUNG LERNENDE IN BRÜCKENANGEBOTEN

509

2021 509

2020 580

2019 612

BAU- UND WOHNUNGSWESEN LEERWOHNUNGSBESTAND



Nach Quartier		St. Johann	102
Altstadt Grossbasel	34	Altstadt Kleinbasel	31
Vorstädte	67	Clara	40
Am Ring	88	Wettstein	11
Breite	43	Hirzbrunnen	16
St. Alban	101	Rosental	63
Gundeldingen	184	Matthäus	116
Bruderholz	32	Klybeck	16
Bachletten	48	Kleinhüningen	7
Gotthelf	49	Riehen	77
Iselin	110	Bettingen	-



ERWERBSLEBEN ARBEITSLOSENQUOTE

3,8%

2021 3,8%

2020 3,8%

2019 3,0%

KRIMINALSTATISTIK ANZEIGEN

24763

ohne AIG und übrige BG

2021 24763

2020 23137

2019 24779

Wichtige Ereignisse

Die wichtigsten Ereignisse und Projekte des vergangenen Jahres ergeben in ihrer Summe ein plastisches Bild der Entwicklungen im Kanton Basel-Stadt.

Bau, Planung, Entwicklung

Aktive Wohnungs- und Bodenpolitik

Ende 2020 genehmigte der Regierungsrat die Immobilienstrategie für das Finanzvermögen. Darin enthalten ist die Umsetzung des Wohnbauprogramms 1000+. In den nächsten 10 bis 15 Jahren sollen rund 1000 Wohnungen als Eigeninvestition im Finanzvermögen geplant und erstellt werden. Ziel ist es, bedarfsgerecht mehr preisgünstigen Wohnraum anbieten zu können. Aus dem Wohnbauprogramm 1000+ waren im letzten Jahr erste Wohnungen am Hirtenweg in Riehen bezugsbereit. Weitere Projekte wurden vorangetrieben, darunter Volta Ost und eine Eigeninvestition auf dem Baufeld 5 des Areals VoltaNord. Neben den eigenen Projekten im Finanzvermögen engagiert sich der Kanton auch weiterhin für Baurechtsabgaben an gemeinnützige Wohnbauträger und an private Investoren. Auf Arealen des Kantons werden in den kommenden

Jahren rund 1200 neue Genossenschaftswohnungen auf Baurechtsparzellen des Kantons geplant und realisiert.

Mit dem Kauf des 22 750 Quadratmeter grossen Clara-Areals sicherte sich der Regierungsrat langfristig einen wohnpolitischen Handlungsspielraum im Zentrum Basels. Es kommt äusserst selten vor, dass ein Areal von dieser Grösse auf den Markt kommt. Der Kauf entspricht der langfristigen Strategie des Kantons, die Entwicklung der Stadt und das Wohnraumangebot im Interesse der gesamten Bevölkerung zu beeinflussen.

Mit dem Kauf des Rosental-Areals und des Syngenta-Areals konnte der Kanton zudem seine Wirtschaftsflächen signifikant erhöhen. Durch die weitere Entwicklung des Areals Rosental Mitte bietet der Kanton den bereits angesiedelten Firmen und Forschungsinstitutionen in Zukunft Platz und kann gleichzeitig neue Firmen ansiedeln.

Bildung

Neubau Biozentrum an die Universität Basel übergeben

Die beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben den Neubau Biozentrum zur Inbetriebnahme und Ausstattung an die Universität Basel übergeben. Beim Neubau handelt es sich um ein hochkomplexes Labor-, Forschungs- und Lehrgebäude. Es ist multifunktional ausgelegt und bietet den Forschenden individuell konzipierte Labors und zahlreiche hochsensible wissenschaftliche Gerätschaften. Die Studierenden haben neue Hörsäle und Seminarräume zur Verfügung sowie einladende Begegnungszonen mit Sitzgelegenheiten und Wasserspielen für das gemeinsame Lernen und den Austausch untereinander. Das Projekt ist während seiner langen Entstehung inhaltlich gewachsen. So wurde zum Beispiel die bauliche Infrastruktur vieler Laboratorien in Abstimmung mit der Universität spezifisch auf unterschiedliche Forschungsgruppen ausgerichtet. Dies führte zu einer Erhöhung der Kosten, aber auch zu einem deutlichen Mehrwert des Gebäudes.

Neuer Universitätsvertrag und Globalbeitrag 2022–2025

Im Oktober 2021 genehmigten der Grosse Rat und der Baselbieter Landrat nahezu einstimmig den neuen Universitätsvertrag mit dem Globalbeitrag 2022–2025. Die Universität Basel darf sich nun auf eine neu geordnete paritätische Trägerschaft beider Kantone verlassen. Sie erhält die finanziellen Mittel, die sie zur Umsetzung ihrer strategischen Schwerpunkte und zum Erhalt ihrer herausragenden Qualität braucht. Rund 1,35 Milliarden Franken stehen der Universität für die nächsten Jahre zur Verfügung. Das ist deutlich mehr, als man sich noch vor vier Jahren erhoffen konnte.

Europäisches Forschungsprogramm «Horizon»

Weniger erfreulich war 2021 für den Kanton Basel-Stadt der Abbruch der Verhandlungen zwischen dem Bund und der Europäischen Union zum institutionellen Rahmenabkommen. Nachdem der Bundesrat die Verhandlungen abgebrochen hatte, verweigerte die EU der Schweiz die Vollasoziiierung an «Horizon Europe», dem weltweit grössten Forschungsprogramm. Der Ausschluss der Schweiz aus der europäischen Forschungsgemeinschaft hat einen direkten schädlichen Einfluss auf den Universitäts- und Forschungsstandort Basel. Es besteht die Gefahr, dass unsere sehr gut vernetzte Universität den internationalen Anschluss verliert. Davon betroffen sind auch das Swiss Tropical and Public Health Institute (Swiss TPH), die Fachhochschule Nordwestschweiz, das ETH-Department of Biosystems Science and Engineering, das Friedrich Miescher-Institut sowie private Unternehmen. Der Regierungsrat begrüsst deshalb sehr, dass der Grosse Rat im September einstimmig eine Standesinitiative verabschiedet hat. Diese fordert den Bundesrat auf, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit die Schweiz weiterhin am EU-Forschungsprogramm «Horizon Europe» beteiligt sein kann.

Energie und Umwelt

Klimaanpassung und Klimaschutz

Der Regierungsrat genehmigte 2021 den Bericht «Anpassung an den Klimawandel im Kanton Basel-Stadt – Handlungsfelder und Massnahmenplanung». Darin werden 90 Massnahmen in den Bereichen Umwelt, Gesundheit, Wirtschaft sowie Gebäude und Infrastruktur aufgezeigt, welche die lokale Anpassung an den Klimawandel unterstützen. Im Herbst verabschiedete der Regierungsrat seinen Gegenvorschlag zur kantonalen «Klimagerechtigkeitsinitiative»: Er will die Reduktion der Treibhausgasemissionen deutlich rascher erreichen als bisher – dies mit dem Netto-Null-Ziel im Jahr 2040. Zudem soll die Verwaltung ihre direkten energiebedingten Treibhausgasemissionen von Gebäuden und Mobilität bereits bis 2030 auf null senken. 2021 verabschiedete der Grosse Rat den Ratschlag für einen umfassenden Ausbau der Fernwärmeversorgung in Basel. Mit den genehmigten Investitionen von gesamthaft rund 460 Millionen Franken stellt der Kanton Basel-Stadt bis 2035 die Wärmeversorgung im Stadtgebiet von fossilen auf erneuerbare Energieträger um.

Mit dem Stadtklimakonzept gegen den Klimawandel

Aufgrund des Klimawandels steigt die Hitze in den Städten, auch in Basel. Der Regierungsrat hat deshalb im Juli das Stadtklimakonzept beschlossen. Er hat damit die Grundlage geschaffen, wie sich Basel an die infolge der Klimaerwärmung zunehmend heissen und trockenen Sommer anpassen kann: Mehr Grün, mehr Schatten, gute Durchlüftung und mehr verfügbares Wasser sind die Strategien, um die Auswirkungen von Hitze und Trockenheit tief zu halten. Bereits entstehen im Neubaugebiet VoltaNord ein stark begrünter Quartierplatz und ein Park, wo sich die Luft nachts abkühlen wird, sowie begrünte Innenhöfe und Baumreihen, wo das Niederschlagswasser versickern kann. Für besonders betroffene Stadträume ist ein Massnahmenprogramm mit portablen Grünelementen, Wasserspielen und Sonnensegeln in Vorbereitung.

Der Regierungsrat will die Reduktion der Treibhausgasemissionen deutlich rascher erreichen als bisher – dies mit dem Netto-Null-Ziel im Jahr 2040.

Kampagne zur Bekämpfung der Tigermücke

Die Tigermücke breitete sich im Kanton Basel-Stadt weiter aus. Der Kanton lancierte im Frühling deshalb eine breit angelegte neue Informationskampagne zur Bekämpfung der Tigermücke. Der Stechmücke war es bereits gelungen, sich in einzelnen Basler Quartieren fest anzusiedeln. Funddaten legten nahe, dass eine Ansiedlung auch im Neubad-Quartier bevorsteht. Die jährlich durchgeführte Überwachung des Swiss Tropical and Public Health Institute (Swiss TPH) zeigte, dass sich die Fläche, in der die Tigermücke heimisch ist, deutlich vergrössert hatte.

Die neue Informationskampagne richtete sich an alle Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt. Sie hatte zum Ziel, mit verschiedenen Massnahmen das Wissen über die Tigermücke zu verbreiten und die Bevölkerung zur aktiven Beteiligung zu motivieren, um mögliche Brutstätten der Tigermücke zu eliminieren. Die aktive Mithilfe der Bevölkerung ist dabei von grosser Bedeutung, da die Stechmücke mit zunehmender Ausbreitung und Dichte immer häufiger verschleppt wird. Ein besonderer Fokus der Kampagne lag auf den Freizeitgartenvereinen des Kantons. In Gärten gibt es besonders viele Brutstätten für die Tigermücke. Die Mückenart weist auch tagsüber ein aggressives Stechverhalten auf. Das kann zu einer grossen Belästigung der Betroffenen führen. Wenn die Tigermückenpopulation weiter wächst, steigt zudem das Übertragungsrisiko von Krankheiten. Im Sommer hat ein neues Erklärvideo die Informationskampagne ergänzt. Das Video zeigt anschaulich, welche Massnahmen die Bevölkerung gegen die Vermehrung der Tigermücken ergreifen kann. Das Video wurde in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft realisiert und über die Website und Social Media verbreitet.

Öffentliche Sicherheit

Kantonales Bedrohungsmanagement

Mit Beschluss des Grossen Rates vom Mai 2021 kann der Kanton Basel-Stadt ein kantonales Bedrohungsmanagement einführen, um schwere zielgerichtete Gewalt zu verhindern. Im Zentrum stehen der Schutz und die Unterstützung sowohl von gefährdeten als auch von gefährdenden Personen. Das strukturierte Bedrohungsmanagement wird Amts- und Behördenmitgliedern, Fachpersonen aus Sozial- und Gesundheitswesen, Mitarbeitenden von Beratungs- und Opferhilfestellen sowie Privatpersonen in Gefährdungs- oder Bedrohungslagen unterstützen. 2021 wurde mit den umfassenden Umsetzungs- und Aufbauarbeiten zur Etablierung einer dafür zuständigen kantonalen Fachstelle begonnen.

Revision der Zivilschutzgesetzgebung

Mit der Revision der kantonalen Zivilschutzgesetzgebung werden die Rechtsgrundlagen angepasst, die nicht mehr zeitgemäss sind. Die Umsetzung erfolgt in Abstimmung mit der Totalrevision des entsprechenden Bundesgesetzes. Dabei wird auch der Kulturgüterschutz neu geregelt. Der Entwurf eines neuen Zivil- und Kulturgüterschutzgesetzes wurde 2021 an den Grossen Rat überwiesen. Zudem wurden die Arbeiten an einer Zivilschutz-, einer Kulturgüterschutz- sowie einer Gebührenverordnung an die Hand genommen. Das neue Zivil- und Kulturgüterschutzgesetz soll zeitgleich mit den entsprechenden Verordnungen in Kraft treten.

Gesundheit

Covid-19: Erfolgreiche Impfkampagne

Die Covid-19-Pandemie und deren Bekämpfung dominierten auch im Jahr 2021 das Geschehen. Der Kanton Basel-Stadt blieb in dieser aussergewöhnlichen Situation weiterhin auf mehreren Ebenen gefordert. Wie schon im Vorjahr hatte das Gesundheitsdepartement in den verschiedensten Bereichen zahlreiche Massnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Das galt insbesondere für die Impfung, unter anderem aber auch für das Testen, das Contact Tracing, Schutzmassnahmen und Kontrollen. Zudem war der Kanton stark mit der Koordination der Versorgungskapazitäten in den Spitälern und Heimen beansprucht, die aufgrund der hohen Anzahl der Erkrankten erneut stark belastet wurden.

2021 spielte die Impfung gegen Covid-19 die Hauptrolle bei der Pandemie-Bekämpfung. Nachdem das kantonale Impfzentrum in der Messe Basel seinen Betrieb schon Ende Dezember 2020 aufgenommen hatte, verlief der Start der Impfkampagne vielversprechend. Der Elan der ersten Impfwochen wurde leider durch die Lieferverzögerungen des Impfstoffes gebremst. Darunter litten alle Kantone. Im Frühling nahm die Impfkampagne aber richtig Fahrt auf: Als Erste wurden im Kanton Basel-Stadt die älteste Bevölkerungsgruppe geimpft sowie Personen, die an einer Vorerkrankung mit höchstem Risiko leiden. Ab Mai vergab das Gesundheitsdepartement Impftermine für die breite Bevölkerung. Ein Meilenstein. Ab Herbst boten zudem mehrere Arztpraxen und Apotheken sowie das Swiss Tropical and Public Health Institute (Swiss TPH) die Impfung an. Die Impfbereitschaft in der Basler Bevölkerung war im schweizweiten Vergleich erfreulicherweise hoch. Um die Impfquote weiter zu erhöhen, beteiligte sich der Kanton Basel-Stadt Anfang November an der nationalen

Impfwoche. Unter dem Motto «S isch Impfwuche – kunnst du?» wurden verschiedene Massnahmen umgesetzt. Im Fokus standen dabei die Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Bereits im August hatte der Kanton erstmals eine Kampagne mit mehreren Massnahmen lanciert, um die Impfquote zu erhöhen. Im September tourte ein Impfbus durch Basel, in dem sich die Bevölkerung ohne vorherige Terminvereinbarung spontan gegen das Coronavirus impfen lassen konnte. Ab Ende November war die Auffrischimpfung für die breite Bevölkerung möglich. Als Erste wurden hier wiederum die älteste Bevölkerungsgruppe sowie chronisch kranke Personen geimpft. Eine so umfassende Impfkampagne wie im Jahr 2021 hatte der Kanton Basel-Stadt bisher noch nie erlebt.

Neben der Impfung waren weitere wichtige Pfeiler der Pandemie-Bekämpfung das Testen auf eine Ansteckung mit dem Coronavirus und das Contact Tracing. Im April starteten die Massentests in den Betrieben. Im Frühling und Sommer begannen die Primarschulklassen inklusive Kindergärten mit dem Testprogramm. Weitere Schulen kamen später dazu. Stark gefordert blieb insbesondere auch das Contact Tracing, das ebenfalls laufend den sich stetig verändernden Herausforderungen und Regelungen angepasst wurde. Im November hiess die Basler Stimmbevölkerung das Covid-19-Gesetz mit grosser Mehrheit gut. Die hohe Zustimmung darf als Ausdruck einer breiten Akzeptanz gegenüber dem Kurs des Kantons Basel-Stadt bei der Bewältigung der Pandemie im Jahr 2021 gesehen werden.

Wichtige Hinweise zu den gesundheitlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Pandemie lieferte bereits die covco-Basel-Studie des Swiss TPH, die vom Kanton Basel-Stadt mitfinanziert wurde. Im Dezember veröffentlichte das Swiss TPH neue Studienresultate. Diese zeigten unter anderem, dass Personen mit niedrigem Einkommen stärker von der Pandemie betroffen waren.

Gleichlautende Spitallisten für Basel-Stadt und Basel-Landschaft

Der 27. Mai 2021 war ein Meilenstein in der Spitalplanung der Region Basel: Die Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft genehmigten erstmals ihre gleichlautenden Spitallisten. Die beiden Gesundheitsdirektoren präsentierten die Listen an einer gemeinsamen Medienkonferenz der Öffentlichkeit. Die gleichlautenden Spitallisten dienen als Grundlage der künftigen Spitalversorgung und sind ein sichtbares Zeichen der Zusammenarbeit der beiden Kantone im Rahmen der «Gemeinsamen Gesundheitsregion» beider Basel. Sie traten in beiden Kantonen per 1. Juli 2021 in Kraft. Aufgrund der Covid-19-Pandemie mussten die beiden Gesundheitsdirektionen die Inkraftsetzung um ein halbes Jahr verschieben.

Die gleichlautenden Spitallisten stellten schweizweit ein Novum dar. Basel-Stadt und Basel-Landschaft waren damit die ersten Kantone, die sich gemeinsam ihrer verfassungsmässigen Aufgabe der Spitalplanung gestellt hatten. Die Spitallisten basieren auf dem Staatsvertrag betreffend Planung, Regulation und Aufsicht in der Gesundheitsversorgung, den die Bevölkerung in beiden Kantonen am 10. Februar 2019 angenommen hat.

Mit den gleichlautenden Spitallisten für die Jahre 2021 bis 2025 wird das Leistungsangebot stärker gebündelt. Tendenzen zur medizinischen Überversorgung in einzelnen Bereichen wurden gemeinsam mit den Leistungserbringern reduziert. Die Wahlfreiheit der Patientinnen und Patienten und die hohe Qualität der Versorgung bleiben erhalten. Bis 2024 wird ein Einsparvolumen für Versicherer und Kantone in der Höhe von insgesamt rund 34 Millionen Franken pro Jahr erschlossen. Damit stellten die beiden Kantone die Weichen für eine erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung des Gesundheitswesens in der «Gemeinsamen Gesundheitsregion».

Die gleichlautenden Spitallisten für Basel-Stadt und Basel-Landschaft stellten schweizweit ein Novum dar. Basel-Stadt und Basel-Landschaft waren damit die ersten Kantone, die sich gemeinsam ihrer verfassungsmässigen Aufgabe der Spitalplanung gestellt hatten.

Kultur und Freizeit

Corona-Hilfspaket für Kulturschaffende und Kulturunternehmen

Die Abteilung Kultur hat auch 2021 viele Gesuche um Ausfallentschädigung für Kulturschaffende und -unternehmen bearbeitet. Der Regierungsrat hat im Februar 2021 entschieden, zusätzlich zu den Bundesmassnahmen im Rahmen eines kantonalen Programms Taggelder zur Existenzsicherung zur Verfügung zu stellen, da die Situation der selbstständigen und freischaffenden Kulturschaffenden besonders prekär war. Bis Dezember 2021 gingen insgesamt 985 Anträge für Taggelder bei der Abteilung Kultur ein.

Mehr Sporthilfe für die Basler Sportvereine

In den letzten beiden Jahren brachte die Pandemie grosse Herausforderungen für die ehrenamtlich arbeitenden Funktionäre und Vorstände der Sportvereine. Es war nicht einfach, die Corona-Regeln einzuhalten und gleichzeitig ein aktives Vereinsleben zu organisieren. Umso wichtiger ist die Sportförderung, die im vergangenen Jahr massgeblich ausgebaut werden konnte: Künftig fliesst jährlich eine Million Franken direkt an die Basler Sportvereine, zusätzlich zu den Beiträgen, die sie bisher erhielten. Diese zusätzliche «Sportmillion» können die Vereine direkt einsetzen. Dies ist besonders erfreulich, weil die Vereine einen wichtigen Beitrag an die Integration in unserem Kanton leisten.

Umsetzungsvorschlag für «Trinkgeld-Initiative»

Trotz der Zusatzbelastung durch die Corona-Krise konnte der Regierungsrat 2021 den Umsetzungsvorschlag für die kantonale «Trinkgeld-Initiative» an den Grossen Rat überweisen. Der Regierungsrat setzt damit ein starkes Zeichen für die Jugend- und Alternativkultur. Neben einer Teilrevision des Kulturfördergesetzes sieht der Vorschlag eine stufenweise Erhöhung des kantonalen Kulturbudgets innert drei Jahren vor. Der Regierungsrat will auf diese Weise sicherstellen, dass die Jugend- und Alternativkultur gestärkt wird, ohne dass die Mittel in anderen Bereichen des Kulturlebens kompensiert werden müssen. Dies ist umso wichtiger, als viele für die Kulturstadt Basel identitätsstiftende Institutionen durch die Corona-Pandemie bereits erhebliche Einnahmeausfälle verbuchen müssen.

Aus Basel

Basel-Stadt ist ein guter Boden für Menschen, die Neues suchen. Unter den Schweizer Städten hält Basel die Spitzenposition bei den Patentanmeldungen und profitiert dabei von der grossen Forschungsaktivität der hiesigen Life-Science-Branche. Doch nicht nur in Labors, auch auf der Strasse oder in Studierstuben entstehen neue Ideen. Sie kommen der Basler Bevölkerung zugute, indem sie das Leben praktischer oder genussvoller gestalten. Andere Erfindungen erweisen sich als äusserst wirkungsvoll und werden dadurch zu essenziellen Helfern. Gelegentlich sind neue Konzepte derart ausgeklügelt, dass sie nicht direkt einem praktischen Nutzen dienen, sich aber als raffinierte Werkzeuge für das Verstehen der Welt erweisen.



Zusatztafel «Rechtsabbiegen bei Rot erlaubt»

Die offizielle Bezeichnung
«Rechtsabbiegen bei Rot» –
in amtlichen Texten als
«RABR» abgekürzt.

Die neue Tafel
Das quadratische Signal zeigt
ein gelbes Velo mit einem
gelben Pfeil nach rechts auf
schwarzem Grund. Die
Signaltafel ist schon für die
ersten Versuche in Basel ent-
wickelt worden.

So funktioniert es
Voraussetzung ist das zu-
sätzliche Signal beim Rotlicht.
Hier dürfen Velofahrende und
Motorfahrradfahrende mit
besonderer Vorsicht auch bei
Rotlicht rechts abbiegen.
Dabei ist allen anderen
Verkehrsteilnehmenden, die
Grün haben, stets der Vortritt
zu gewähren. Fehlt das
Zusatzsignal, ist das Rechts-
abbiegen bei Rot weiterhin
nicht gestattet.

Ein kleines Signal aus Basel macht Karriere in der ganzen Schweiz: Seit 2021 dürfen an entsprechend markierten Kreuzungen Velofahrende auch dann rechts abbiegen, wenn das Lichtsignal rot zeigt. Neu ist die Idee nur in der Schweiz: In Frankreich, Deutschland, Belgien und in den Niederlanden dürfen Velofahrende schon lange auch bei Rot rechts abbiegen. In der Schweiz hat die Vereinigung der Verkehrsingenieure das Thema 2012 aufgegriffen, darunter auch das Basler Ingenieurbüro Rapp. Das Büro hat einen Pilotversuch für Basel ausgearbeitet. «Langsamverkehrsfreundliche Lichtsignalanlagen» hiess das Projekt, das vom Amt für Mobilität des Kantons Basel-Stadt übernommen wurde. Im Pilotversuch ermittelte das Amt, wie sich Velofahrende beim Überfahren des Rotlichts mit und ohne Erlaubnis verhalten. Besonders untersucht wurde dabei, was passiert, wenn Velofahrende rechts abbiegen und gleichzeitig auf der Querbahn die Fussgängerinnen und Fussgänger Grün haben.

Ende 2016, nach drei Jahren, endete der Pilotversuch in der Stadt Basel. Eine Million Mal waren Velofahrende in dieser Zeit bei Rot versuchsweise erlaubt nach rechts abgebogen – zu einem Unfall ist es dabei nie gekommen. Entsprechend beurteilte das Bundesamt für Strassen (Astra) den Versuch wohlwollend. Bedenken meldete lediglich der Verband Fussverkehr Schweiz an: Der Verband stellte sich zwar nicht gegen die Idee, er kritisierte aber die kleine Tafel aus Basel. Statt eines Blechpfeils forderte der Verein eine separate Ampel mit einem orangen Blinklicht für Velos. Das Blinklicht würde den Velofahrenden signalisieren, dass sie zwar abbiegen dürfen, dabei aber auf andere Verkehrsteilnehmende achtgeben müssen.

Aufgrund der guten Erfahrungen im Pilotversuch beschloss der Bundesrat am 20. Mai 2020, die Idee aus Basel in der ganzen Schweiz einzuführen. Auf ein Blinklicht wird verzichtet: Wie in Basel wird die Möglichkeit des Rechtsabbiegens bei Rot mit einer kleinen Blechtafel neben der Ampel signalisiert.

Schlumbergerli

Namensgeber

Amédée Schlumberger
(1833–1905)

Leben

Die Familie Schlumberger stammte aus Mülhausen im Elsass. Nach dem Deutsch-Französischen Krieg in den 1870er-Jahren liessen sich mehrere Mitglieder der Familie in Basel nieder, darunter auch Amédée. Er erwarb 1872 das Basler Bürgerrecht und trat 1873 als Teilhaber in die Privatbank Ehinger & Cie. ein. Von 1893 bis 1896 amtierte er zudem als Vizepräsident des Basler Bankvereins.

Schlumberger in Basel

Die Nachkommen von Amédée Schlumberger hinterliessen vielfältige Spuren in Basel. Sohn Charles (1861–1934) trat als Amtsnachfolger von Amédée in dessen Fussstapfen. Enkel Charles Amédée (1893–1984) betätigte sich in Basel als Textilkauflmann und avancierte im Zweiten Weltkrieg zum IKRK-Delegierten. Nicolas Schlumberger (1894–1975), ein weiterer Enkel, arbeitete als Bankier und brachte es im Militär zum Oberst im Generalstab.

Rezept

Aus Weiss- oder Halbweissmehl mit Wasser, Hefe oder Sauerteig, Salz, Malz oder Honig einen Semmelteig zubereiten. In Portionen von 60 Gramm aufteilen, flach drücken. Jetzt folgt das Geheimnis der Schlumbergerli: Mit Öl bestreichen, Teigrand von aussen in die Mitte ziehen, wenden. Mit der Faltenseite nach unten auf ein Backpapier geben. Gehen lassen und dann im gut bedampften Ofen backen.

Auf Baseldeutsch heisst es liebevoll

«Schlumbi»: das runde, knusprig gebackene Brötchen aus hellem Semmelteig, das in Basel zum Frühstück, aber auch gerne zum Essen gereicht wird. Charakteristisch sind das rosettenförmige Muster auf der Oberseite des Brötchens und die Kruste: Sie ist elastisch, leicht mehlig, zart und knusprig zugleich.

Baslerinnen und Basler lieben ihre «Schlumbi» – und kennen dabei die zartbittere Geschichte des geliebten Gebäcks meist nicht. Denn Schlumbergerli sind ein Heimweh-Produkt. 1872, als die Deutschen das Elsass besetzt hatten, emigrierte der Mühlhauser Bankier und Industrielle Amédée Schlumberger in die Schweiz nach Basel. Er hatte das Glück, mit einer Baslerin aus der Familie Ehinger verheiratet zu sein, so wurde er Teilhaber in der Bank seines Schwiegervaters.

Amédée Schlumberger fand schnell Anschluss in Basels besserer Gesellschaft und hatte auch die Mittel, es sich gut gehen zu lassen. Seine Heimat vermisste er trotzdem, insbesondere die «petits pains bien crustillants», die kleinen knusprigen französischen Weissbrötchen. Also beschloss Schlumberger, etwas gegen das Reissen im Herzen und im Bauch zu tun. Er beauftragte Bäckermeister Riedtmann in der Aeschenvorstadt mit der Produktion solcher Brötchen und schaute dabei höchstselbst darauf, dass die Kruste gelang. Die Brötchen servierte er bei Einladungen in seinem Haus. Offenbar kamen die Brötchen so gut an, dass auch andere Baslerinnen und Basler bei Bäcker Riedtmann die kleinen Brötchen kaufen wollten. Als der Bäckermeister nach dem Namen der Brötchen gefragt wurde, erklärte er, das seien die Brötchen von Herrn Schlumberger – die Kundinnen und Kunden machten daraus die «Schlumbergerli».





Bactrim

Entdeckerin

Erika Böhni (1922–1999)

Karriere

Die Bauerntochter aus Stein am Rhein studierte als eine der ersten Frauen Biologie an der ETH Zürich. Nach Abschluss der Doktorarbeit arbeitete sie zuerst in kleineren Firmen. 1951 wechselte sie zu Roche. Hier beschäftigte sie sich vor allem mit Bakteriologie. Aus ihrer Forschungsarbeit resultieren vor allem Rimifon gegen Tuberkulose und Bactrim gegen Infektionen. Sie avancierte zur Forschungsleiterin in der Bakteriologie. 1975 ernannte Roche Erika Böhni zur Vizedirektorin.

Bactrim bei Roche

Schon fünf Jahre nach seiner Entwicklung ist Bactrim bei Roche das nach Valium und Librium am meisten verkaufte Medikament. Bis 2011 erzielte Roche mit Bactrim einen Umsatz von insgesamt rund zehn Milliarden Franken.

Viele Menschen kennen aus ihrer Kindheit einen Sirup aus einer schweren, braunen Flasche, den sie bei schweren Erkältungen oder anderen Infekten schlucken mussten: Das war Bactrim, eines der ersten breit verfügbaren Antibiotika. Es wurde 1969 in der Schweiz zugelassen und avancierte in kürzester Zeit zu einem der wichtigsten Heilmittel der Welt. 1977 setzte die Weltgesundheitsorganisation WHO Bactrim denn auch auf die Liste der essenziellen Arzneimittel.

Die Mutter des Medikaments war Erika Böhni, eine der ersten Biologinnen der Schweiz. Sie kam als Erste auf die Idee, die beiden antibiotisch wirksamen Arzneistoffe Sulfamethoxazol und Trimethoprim zu kombinieren. Die beiden Stoffe wirken auf unterschiedliche Weise antibakteriell – zusammen potenziert sich ihre Wirkung. Die Kombination von zwei sich verstärkenden Wirkstoffen war in den 60er-Jahren etwas Neues, ja Sensationelles. Erika Böhni erzählte später, viele Kollegen hätten gedacht, sie sei verrückt geworden. Sie setzte sich gegen alle Widerstände für die Kombination ein und behielt recht: Co-trimoxazol, wie der Wirkstoff von Bactrim heisst, erwies sich als äusserst wirksam.

Rund zwei Milliarden Menschen sind seither mit dem Wirkstoff behandelt worden. Eingesetzt wird Bactrim gegen Infektionskrankheiten der oberen und unteren Atemwege, der Nieren und Harnwege, der Geschlechtsorgane und des Magen-Darm-Trakts.

Bernoulli-Ungleichung

Entdecker

Jacob Bernoulli (1654 – 1705)

Leben

Auf Wunsch seiner Eltern studierte Jacob Bernoulli in Basel Philosophie und Theologie, heimlich besuchte er aber auch Vorlesungen in Mathematik. Nach einer Bildungsreise durch Europa hielt Bernoulli Physikvorlesungen an der Universität Basel und beschäftigte sich mit mathematischen Problemen. So entwickelte er die Infinitesimalrechnung von Leibniz weiter. Höhepunkt seiner Arbeiten war die Entwicklung der Bernoulli-Ungleichung. Er arbeitete an der Wahrscheinlichkeitsrechnung und entwickelte eine Wahrscheinlichkeitstheorie, in der er auch Aussagen über das Glücksspiel machte. 1699 wurde er Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Paris, 1702 nahm ihn die preussische Akademie der Wissenschaften in Berlin auf. Am 16. August 1705 starb Jacob Bernoulli in Basel. Nachfolger auf seinem Lehrstuhl wurde sein Bruder Johann Bernoulli.

Bernoulli auf dem Mond

Nach den Brüdern Bernoulli ist ein kreisrunder Mondkrater im nordöstlichen Quadranten des Mondes benannt.

Als die spanische Krone 1567 damit begann, den Aufstand der protestantischen Niederländer brutal zu unterdrücken, flohen viele Protestanten in die Schweiz. Unter ihnen befand sich auch der Gewürzhändler Nicolaus Bernoulli aus Antwerpen. Zwei seiner Söhne, Jacob und Johann, avancierten in Basel zu Mathematikern, die in ganz Europa bekannt wurden.

Mathematik stand damals ganz im Zeichen von Gottfried Wilhelm Leibniz: In den 70er-Jahren des 17. Jahrhunderts entwickelte er die Infinitesimalrechnung. Leibniz verstand eine Kurve als Vieleck mit unendlich vielen Ecken und entwickelte Methoden, mit dieser «infiniten» Zahl von Ecken zu rechnen. Die Brüder Bernoulli beschäftigten sich in Basel intensiv mit diesem «Leibnizschen Calculus» und entwickelten ihn weiter.

Jacob Bernoulli beschäftigte sich dabei vor allem mit Zahlenreihen, die sich in der Mathematik ja bis in die Unendlichkeit fortführen. 1689 veröffentlichte er dazu eine umfangreiche Arbeit: «Positiones Arithmeticae de Seriebus Infinitis» – also etwa: «Arithmetische Standpunkte bezüglich unendlicher Reihen». In diesem Werk veröffentlichte Jacob Bernoulli eine Ungleichung, die bis heute mit seinem Namen verbunden ist. Eine Ungleichung ist in der Mathematik eine Aussage mit einem Grössenvergleich – also zum Beispiel $>$ (grösser als).

Die Bernoulli-Ungleichung lautet:
 $(1 + x)^n \geq 1 + nx$ – Bernoulli konnte die Ungleichung über vollständige Induktion beweisen. Die Ungleichung trifft also für alle natürlichen Zahlen zu.

Die Ungleichung ist vor allem für Abschätzungen bei Exponentialfunktionen hilfreich. Mit Hilfe der Ungleichung lässt sich zudem beweisen, dass das arithmetische Mittel einer Zahlenreihe immer mindestens so gross ist wie das geometrische Mittel. Die Ungleichungen von Bernoulli spielen bis heute eine wichtige Rolle, etwa in der Quantenmechanik beim Beweis der Heisenbergschen Unschärferelation. Die Bernoulli-Ungleichung aus Basel steckt damit zum Beispiel in der Atomphysik.

$$(1+x)^n \geq 1+nx$$

550-Jahre-Jubiläum der Herbstmesse

Sehr erfreulich war, dass 2021 die Herbstmesse trotz Corona stattfinden konnte. Dies umso mehr, als es sich um eine Jubiläumsmesse handelte: Der Kanton Basel-Stadt feierte das 550-Jahre-Jubiläum mit einem Festgottesdienst zusammen mit Bundespräsident Guy Parmelin im Basler Münster. Aus Anlass des Jubiläums hat die Herbstmesse ihr Angebot um traditionelle Fahrgeschäfte und Handwerkskunst erweitert. Trotz der aufgrund der Corona-Pandemie besonderen Umstände verzeichneten die verschiedenen Standorte ein hohes Publikumsaufkommen. Um die Sicherheit der Messebesucherinnen und Messebesucher zu gewährleisten, galt für die Herbstmesse ein spezielles Schutzkonzept: Mit Ausnahme des Petersplatzes mit dem Hääfelimäart und dem Petersgraben wurden auf allen Messeplätzen Eingangskontrollen durchgeführt. Es galt eine Covid-Zertifikatspflicht nach der 3G-Regel: Zutritt hatten also nur geimpfte, genesene oder getestete Personen. In vier PreCheck-Centern war es möglich, sich vorgängig zu registrieren, um die Wartezeiten kurz zu halten.

Per Ende 2021 hat Basel-Stadt seine Nettoschulden vollständig abgebaut: Statt Nettoschulden hat der Kanton nun ein Nettovermögen.

Finanzen

Stabile Finanzen trotz Corona-Pandemie

Der Kanton Basel-Stadt verfügt über eine solide und nachhaltige Finanzsituation. Das hat 2021 die internationale Ratingagentur Standard & Poor's erneut bestätigt und dem Kanton Basel-Stadt wieder die Bestnote AAA verliehen. Auch die Credit Suisse hat die Kreditwürdigkeit von Basel-Stadt erneut mit der höchsten Bewertung ausgezeichnet und dies unter anderem mit dem umfangreichen Schuldenabbau begründet. Per Ende 2021 hat Basel-Stadt seine Nettoschulden vollständig abgebaut: Statt Nettoschulden hat der Kanton nun ein Nettovermögen. Die disziplinierte Haushaltspolitik der letzten Jahre sorgte auch dafür, dass der Kanton Basel-Stadt über einen genügend grossen Spielraum verfügte, um die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise zu bewältigen. 2021 hatte die Corona-Krise Kosten in der Höhe von 174 Millionen Franken zur Folge. Sie setzen sich aus Unterstützungsbeträgen zum Beispiel für Spitäler, betroffene Branchen und Kultur, Mehrkosten und Mindereinnahmen zusammen. Trotzdem konnte der Kanton Basel-Stadt die Jahresrechnung 2021 mit einem Überschuss von 215 Millionen Franken abschliessen. Zum positiven Ergebnis beigetragen haben unter anderem Mehreinnahmen bei den Kapital- und Grundstückgewinnsteuern sowie tiefere Kosten im Sozialbereich. Erfreulicherweise ist auch der befürchtete negative Corona-Effekt bei den Steuereinnahmen ausgeblieben.

Als erster Kanton erweitert der Kanton Basel-Stadt seinen gesetzlichen Gleichstellungsauftrag explizit auf LGBTI-Menschen und geht damit weiter voran auf dem Weg in Richtung tatsächliche Gleichstellung aller Menschen.

Gesellschaft und soziale Sicherheit

Neues Kantonales Gleichstellungsgesetz

Mit dem neuen kantonalen Gleichstellungsgesetz, dessen öffentliche Vernehmlassung im November 2021 abgeschlossen werden konnte, will der Regierungsrat Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung bekämpfen. Als erster Kanton erweitert der Kanton Basel-Stadt seinen gesetzlichen Gleichstellungsauftrag explizit auf LGBTI-Menschen und geht damit weiter voran auf dem Weg in Richtung tatsächliche Gleichstellung aller Menschen. Neben der Unterstützung niederschwelliger Beratungsangebote von zivilgesellschaftlichen Institutionen will der Regierungsrat die Gleichstellung auch in allen Politikbereichen weiter vorantreiben und periodisch inhaltliche Schwerpunkte setzen. Für die Gesamtkoordination der einzelnen Massnahmen wird die Abteilung Gleichstellung im Präsidentialdepartement verantwortlich sein. Der Grosse Rat wird voraussichtlich im Frühling 2022 über die Vorlage beraten.

Umsetzung Reform der Ergänzungsleistungen

Auf Anfang 2021 hat der Kanton die auf Bundesebene in Kraft tretende umfassende Reform der Ergänzungsleistungen (EL) umgesetzt. Dabei muss unter anderem von den Vollzugsbehörden sichergestellt werden, dass die Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen durch die Reform nicht schlechter gestellt werden. Das heisst konkret, dass für alle Bezügerinnen und Bezüger zwei Berechnungen (alt – neu) durchgeführt werden müssen. Im nunmehr zweiten Jahr der Übergangsfrist der EL-Reform stehen die nach altem und nach neuem Recht geführten Fälle im Verhältnis von 45 zu 55 Prozent. Die Vergleichsrechnungen, die Abklärungen zum Vermögensverbrauch vor dem Anspruch auf Ergänzungsleistungen und die notwendigen Rückforderungen beim Todesfall der Bezügerin oder des Bezügers führten bei den zuständigen Stellen zu einem erheblichen Mehraufwand.

Ausbau des Tagesstruktur-Angebots

Der Kanton Basel-Stadt investiert rund 75 Millionen Franken, um das Tagesstruktur-Angebot auszubauen. Damit soll künftig allen Kindern, die in Basel in den Kindergarten oder in die Schule gehen und einen Betreuungsbedarf haben, ein Platz in einer Tagesstruktur zur Verfügung stehen. In den nächsten sechs Jahren schafft der Kanton im Rahmen von 60 kleineren bis mittelgrossen Bauprojekten zusätzlichen Raum. Die Personalressourcen werden aufgestockt. So kann der Kanton den geänderten gesellschaftlichen Bedürfnissen Rechnung tragen und er stärkt den guten Ruf von Basel als familienfreundliche Stadt weiter. Der Ausbau der Tagesstrukturen an Kindergärten und Schulen ist auch für Basel als Wirtschaftsstandort wichtig. Die Tagesstrukturen ermöglichen es Eltern, ihre Familie und ihre Berufe besser miteinander zu vereinbaren. Die pädagogisch geführten Tagesstrukturen betreuen die Kinder und Jugendlichen nicht nur, sie fördern sie aktiv in ihrer emotionalen und sozialen Entwicklung und unterstützen sie bei der Bewältigung des schulischen Alltags.

Der Ausbau der Tagesstrukturen an Kindergärten und Schulen ist auch für Basel als Wirtschaftsstandort wichtig. Die Tagesstrukturen ermöglichen es Eltern, ihre Familie und ihre Berufe besser miteinander zu vereinbaren.

Verwaltung

Präsidialdepartement übernimmt Lead bei Klimathemen

Im November 2021 hat der Regierungsrat beschlossen, das Thema Klima verwaltungsübergreifend im Präsidialdepartement zu verankern. Er will damit die Klimapolitik im Kanton Basel-Stadt stärken und weiter vorantreiben. Das Präsidialdepartement übernimmt künftig den strategischen Lead, die Führung und die Koordination bei Klimathemen. Entsprechend wird das Präsidialdepartement zukünftig die Hauptverantwortung beim Klimaschutz-Monitoring, bei der Erstellung von Klimaschutzberichten, der Umsetzung der Klimagerechtigkeitsinitiative und bei der Kommunikation und Sensibilisierung im Bereich Klimaschutz übernehmen.

Zwei-Zentralen-Strategie der Basler Blaulichtorganisationen

2021 schritten die Arbeiten an den beiden künftig redundant funktionierenden Einsatzzentralen voran. Der Umbau und die Instandsetzung des Spiegelhofs beinhalten den Neubau der Einsatzzentrale der Kantonspolizei. Bei der Umsetzung der ersten Erdbebenmassnahmen zeigte sich, dass aufgrund maroder Leitungen ein genereller Sanierungsbedarf besteht, der zu Änderungen gegenüber dem vorgesehenen Bauablauf führte. Deshalb gerieten die Arbeiten in Verzug. Die Inbetriebnahme der neuen Einsatzzentrale ist für Mitte 2023 vorgesehen. Die Umbau- und Sanierungsarbeiten im bestehenden Gebäude werden Mitte 2024 abgeschlossen sein. Bei der neuen Einsatzzentrale der Rettung im Lützelhof, in der die bisher räumlich getrennten Einsatzzentralen der Feuerwehr und der Sanität zusammengeführt werden, erfolgte der Grossteil der Bauarbeiten, darunter etwa die Aufstockung und der Bau der Räumlichkeiten. Die Zentrale soll Ende 2022 in Betrieb gehen.

Der Regierungsrat will die Chancen der Digitalisierung für Bevölkerung, Wirtschaft und Mitarbeitende nutzen. Dienstleistungen des Kantons sollen möglichst effizient, kundenfreundlich und einfach zugänglich für alle Menschen sein.

Digitaler Arbeitsplatz DAP.BS

Das Programm DAP.BS hat zum Ziel, mit einem kantonal standardisierten IT-Arbeitsplatz das geräte-, orts- und zeitunabhängige Arbeiten innerhalb der Verwaltung zu ermöglichen. 2021 wurden beim Justiz- und Sicherheitsdepartement im Rahmen des Massenrollouts alle Standard-Endgeräte für das Programm in mehreren Etappen bis im Spätsommer erfolgreich in Betrieb genommen. In einem zweiten Schritt werden nach Plan auch die rund 200 Spezialgeräte umgestellt. Dank dem neuen DAP.BS verfügen nun praktisch alle JSD-Mitarbeitenden neben dem physischen Endgerät auch über einen virtuellen Arbeitsplatz, auf den sie von überall her und von jedem beliebigen Endgerät aus zugreifen können.

Chancen der Digitalisierung nutzen

Die Digitalisierung ist ein Schlüsselfaktor für die Standortattraktivität und für die Entwicklung des Kantons. Der Regierungsrat hat die Digitalisierung deshalb als eines der drei Schwerpunktthemen im Legislaturplan 21–25 definiert. 2021 hat der Regierungsrat die Vision und das Leitbild 2022+ «Digitale Verwaltung Basel-Stadt» verabschiedet. Er will damit die Chancen der Digitalisierung für Bevölkerung, Wirtschaft und Mitarbeitende nutzen. Dienstleistungen des Kantons sollen möglichst effizient, kundenfreundlich und einfach zugänglich für alle Menschen sein.

In verschiedenen Bereichen werden Fortschritte erzielt. Zum Beispiel bietet die Steuerverwaltung des Kantons Basel-Stadt mit «BalTax-Online» die Möglichkeit, die Steuererklärung komplett online und papierlos zu erledigen. Im Steuerjahr 2020 haben bereits 24 000 Personen davon Gebrauch gemacht. Für eine wirkungsvolle und effiziente Umsetzung des Digitalisierungsleitbilds ist die Koordination der verschiedenen Akteure wichtig. Der Kanton hat deshalb die neue Stelle «Chief Digital Officer» (CDO) geschaffen. Der CDO gibt Impulse für die Digitalisierung der Departemente, gestaltet und leitet das Portfolio der Digitalisierungsprojekte. Die neue Stelle des CDO wird während der Pilotphase im Generalsekretariat des Finanzdepartements angesiedelt.

Volkswirtschaft

Covid-19-Pandemie und Unterstützungsleistungen für die betroffene Wirtschaft

Die Schutzmassnahmen zur Eindämmung einer weiteren Ausbreitung der Covid-19-Pandemie haben erneut das wirtschaftliche Leben stark eingeschränkt: Zuerst mit dem bis Ende Februar geltenden Teil-Lockdown und dann ab Sommer und Herbst mit den geltenden 3G- bzw. 2G-Regeln während der mittlerweile fünften Pandemie-Welle. Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt hat federführend die bestehenden Covid-19-Unterstützungsmassnahmen ausgebaut und weitergeführt. Im Besonderen wurde das Covid-19-Härtefallprogramm in Abstimmung mit dem Bund weiterentwickelt. Rund 1200 Gesuche wurden bearbeitet und davon an knapp 900 Betriebe Unterstützungsleistungen ausbezahlt. Im Rahmen des KMU-Bürgerschaftsprogramms hat der Kanton zudem Überbrückungskredite mit kantonaler Bürgerschaft an baselstädtische Unternehmen gewährt, die wegen des Coronavirus in einen existenzgefährdenden Liquiditätsengpass geraten sind. Technologie-Start-up-Unternehmen konnten von nachrangigen Bürgerschaftsdarlehen profitieren. Viele Firmen haben pandemiebedingt auch 2021 das bewährte System der Kurzarbeitsentschädigung in Anspruch genommen. Und das spezielle baselstädtische Unterstützungsprogramm für Ausbildungsbetriebe half mit, dass Lehrverhältnisse weitergeführt werden konnten. Der Grosse Rat genehmigte im Mai eine spezielle Äufnung des Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, aus dem einige der Unterstützungsmassnahmen finanziert werden.

OECD-Steuerreform ist eine Herausforderung

2021 hat die OECD die Eckpunkte der weitreichenden Reform des internationalen Steuersystems bekannt gegeben. Erstens sollen multinationale Unternehmen ihre Gewinne teilweise in den Ländern versteuern, in denen sie ihrer Geschäftstätigkeit nachgehen. Zweitens soll eine Mindestbesteuerung von 15 Prozent für Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 750 Millionen Euro eingeführt werden. Basel-Stadt ist davon finanziell und volkswirtschaftlich stark betroffen. Das oberste Ziel bei der Umsetzung für Basel ist der Erhalt der Standortattraktivität, der Steuereinnahmen und der Arbeitsplätze. In Basel-Stadt sind rund 50 in- und ausländische Unternehmen von der neuen Mindestbesteuerung betroffen. Sie bezahlen bei Bund und Kanton total je rund 500 Millionen Franken Steuern und bieten in Basel-Stadt etwa 30 000 Vollzeitstellen. Um die Attraktivität im weltweiten Wettbewerb zu sichern, braucht es gemeinsame Anstrengungen von Bund und Kantonen. Der Kanton Basel-Stadt sieht insbesondere in drei Bereichen Handlungsbedarf: Entwicklung von Fördermassnahmen für Forschung und Innovation, Stärkung von Hochschulen und der Spitzenmedizin und eine Verbesserung der Attraktivität für Fachkräfte. Für die zusätzlichen Standortmassnahmen braucht es einen einheitlichen nationalen Rahmen. Das Finanzdepartement wirkt auf mehreren Ebenen aktiv mit bei der Erarbeitung der anstehenden Reform.

Mobilität

Stossrichtung für die künftige Verkehrspolitik

Per 1. Januar hat der Regierungsrat das geänderte Umweltschutzgesetz in Kraft gesetzt. Darin definiert er die Stossrichtungen für die künftige Verkehrspolitik im Kanton Basel-Stadt. So muss bis 2050 der gesamte Verkehr auf Kantonsgebiet ausserhalb der Hochleistungsstrassen emissionsarm, klima- und ressourcenschonend sein. Weil der Druck auf den knappen öffentlichen Raum weiter zunimmt, ist die Förderung flächensparender und kollektiv genutzter Verkehrsmittel wichtig. Die neue Mobilitätsstrategie soll aufzeigen, wie einerseits der Verkehr klimaneutral werden kann und andererseits der Kanton Basel-Stadt gleichzeitig die Erreichbarkeit erhöhen, die Verkehrssicherheit verbessern und die Lebensqualität insgesamt steigern kann.

Ausbau der trinationalen S-Bahn

Im Juni 2021 haben die Beteiligten der Organisation «Bahnknoten Basel», also der Bund, die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft sowie die betroffenen Infrastrukturbetreiberinnen, einen «Stossrichtungsentscheid» beschlossen: Für die langfristige Weiterentwicklung aller Bahnverkehrsangebote ist das «Herzstück» notwendig, also eine Neubaustrecke zwischen den Bahnhöfen Basel SBB und dem Badischen Bahnhof beziehungsweise dem Bahnhof St. Johann mit einer Tiefhaltestelle Mitte. Die Arbeiten an der Schnittstelle zwischen Bahnareal und Stadtraum hat das Bau- und Verkehrsdepartement mit Fokus auf die Stadträume Bahnhof SBB Nord und im Bereich der geplanten s-Bahn-Haltestelle Solitude vorangetrieben. Bei dieser Haltestelle werden die notwendigen Anpassungen an die städtische Infrastruktur untersucht. Ziel ist es, die neue Haltestelle sicher erreichbar zu gestalten und den Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr zu gewährleisten.

Weil der Druck auf den knappen öffentlichen Raum weiter zunimmt, ist die Förderung flächensparender und kollektiv genutzter Verkehrsmittel wichtig.

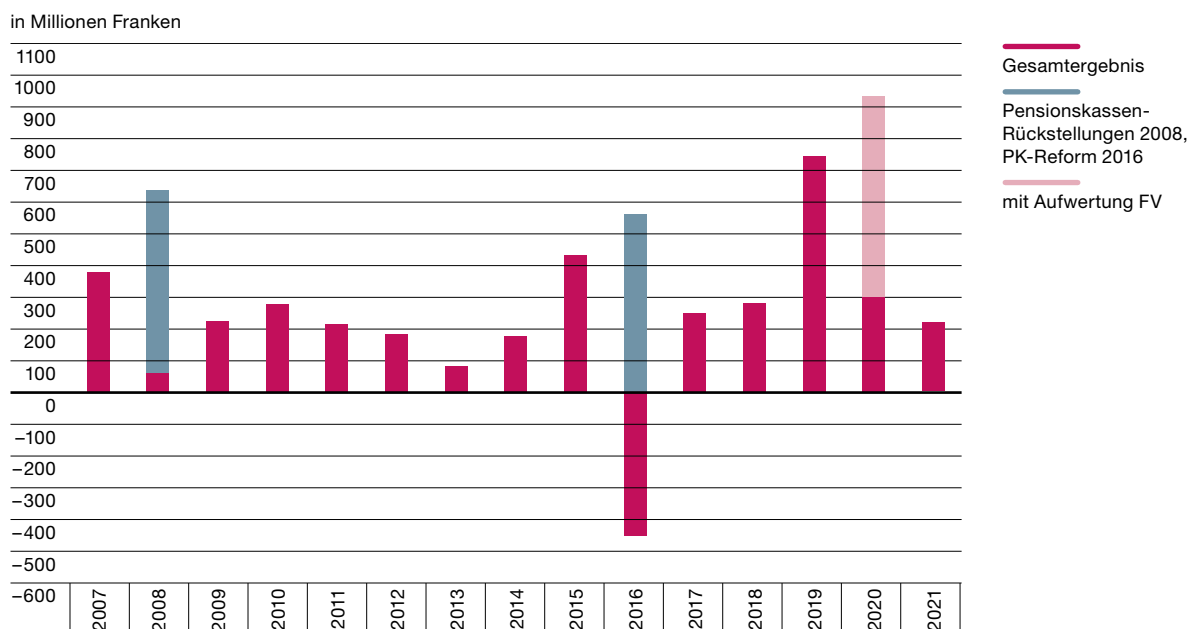
Jahresrechnung

Die detaillierten Zahlen mit Erläuterungen finden Sie im ausführlichen Jahresbericht.

Erfolgsrechnung

in Millionen Franken	2020		2021		Abweichung	
	Rechnung	Budget	Rechnung	Budget	Rechnung 2021 / Budget 2021	
Personalaufwand	-1 301,3	-1 335,4	-1 339,0	-1 335,4	-3,6	-0,3 %
Sach- und Betriebsaufwand	-431,4	-450,8	-449,7	-450,8	1,1	0,3 %
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-210,2	-208,7	-213,0	-208,7	-4,3	-2,0 %
Transferaufwand	-2 174,1	-2 235,3	-2 279,3	-2 235,3	-44,0	-2,0 %
Betriebsaufwand	-4 117,1	-4 230,2	-4 280,9	-4 230,2	-50,7	-1,2 %
Fiskalertrag	2 907,4	2 812,6	2 854,8	2 812,6	42,2	1,5 %
Regalien und Konzessionen	85,5	60,0	116,1	60,0	56,2	93,6 %
Entgelte	352,6	361,9	333,2	361,9	-28,6	-7,9 %
Verschiedene Erträge	28,5	33,5	44,2	33,5	10,7	31,9 %
Transferertrag	752,1	711,3	897,4	711,3	186,1	26,2 %
Betriebsertrag	4 126,2	3 979,3	4 245,7	3 979,3	266,4	6,7 %
Betriebsergebnis	9,1	-250,9	-35,2	-250,9	215,7	86,0 %
Finanzaufwand	-238,3	-92,7	-162,5	-92,7	-69,8	-75,4 %
Finanzertrag	1 161,9	324,1	412,8	324,1	88,7	27,4 %
Finanzergebnis	923,6	231,4	250,3	231,4	18,9	8,2 %
Gesamtergebnis	932,7	-19,4	215,2	-19,4	234,6	> 100,0 %
Total Aufwand	-4 355,4	-4 322,8	-4 443,4	-4 322,8	-120,5	-2,8 %
Total Ertrag	5 288,1	4 303,4	4 658,5	4 303,4	355,1	8,3 %

Entwicklung Gesamtergebnis 2007 – 2021



Basel-Stadt verfügt neu über ein Nettovermögen

Die Rechnung 2021 des Kantons Basel-Stadt schliesst mit einem Überschuss von 215 Millionen Franken ab, obwohl die Bewältigung der Corona-Krise 174 Millionen Franken kostete. Hauptverantwortlich für das erfreuliche Ergebnis sind das Ausbleiben der erwarteten pandemiebedingten Steuerausfälle, eine höhere Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank sowie weiterhin hohe Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern. Der Kanton konnte seine Nettoschulden vollständig abbauen und verfügt neu über ein Nettovermögen.

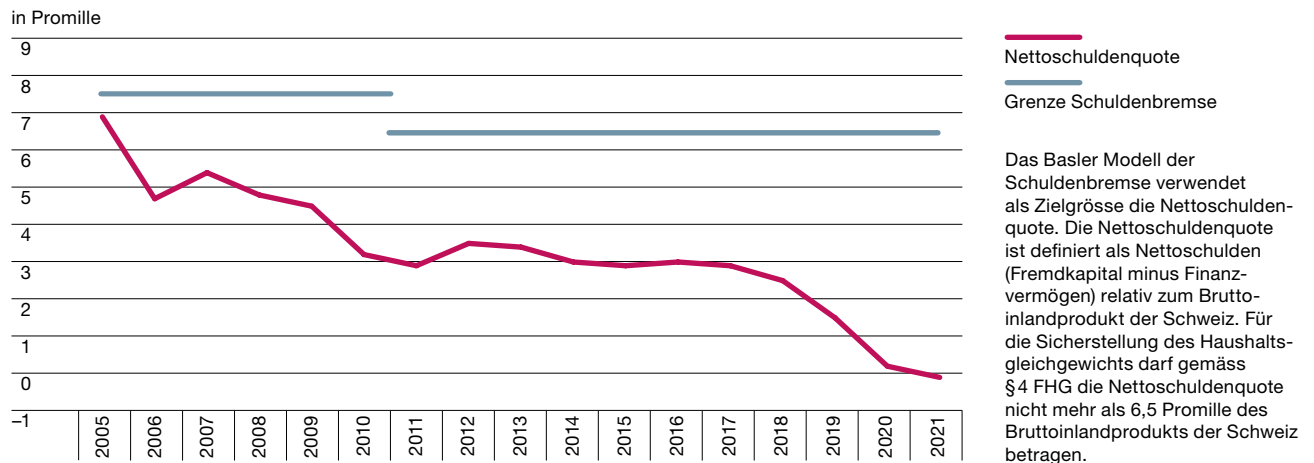
Bilanz

in Millionen Franken	2020		2021		Abweichung Rechnung 2021 / Rechnung 2020
	Rechnung	Budget	Rechnung	Budget	
Umlaufvermögen	3 694,2		3 491,4		-202,8 -5,5 %
Anlagevermögen	9 818,8		9 926,4		107,6 1,1 %
Aktiven	13 513,0		13 417,8		-95,2 -0,7 %
Kurzfristiges Fremdkapital	-4 513,2		-4 776,0		267,2 -5,8 %
Langfristiges Fremdkapital	-3 096,6		-2 523,5		573,1 18,5 %
Eigenkapital	-5 903,2		-6 118,4		-215,2 -3,6 %
Passiven	-13 513,0		-13 417,8		95,2 0,7 %

Investitionsrechnung

in Millionen Franken	2020		2021		Abweichung Rechnung 2021 / Budget 2021
	Rechnung	Budget	Rechnung	Budget	
Investitionsausgaben	-311,7	-284,3	325,2		126,8 28,1 %
Investitionseinnahmen	27,5	22,0	51,7		29,8 > 100 %
Saldo Investitionsrechnung	-284,3	-430,1	-273,5		156,6 36,4 %

Entwicklung Nettoschuldenquote 2005–2021



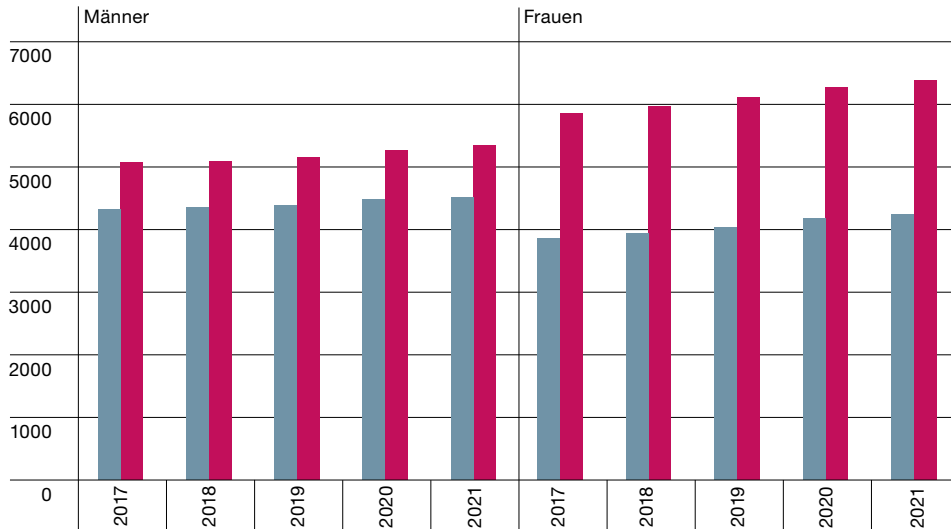
Saldo der Investitionsrechnung 2010–2021



Stellen- und Personalstatistik (Headcount)

	2020	2021		Abweichung
	VZÄ*	VZÄ*	Köpfe	VZÄ* 2021/2020
Präsidialdepartement	466,5	472,7	682	6,2
Bau- und Verkehrsdepartement	972,3	963,1	1 083	-9,2
Erziehungsdepartement	3 663,1	3 766,2	5 811	103,1
davon Departement	752,0	766,5	1 092	
davon Schulen	2 911,1	2 999,7	4 719	
Finanzdepartement	542,5	548,4	627	5,9
Gesundheitsdepartement	240,9	241,9	321	1,0
Justiz- und Sicherheitsdepartement	1 738,0	1 725,1	1 906	-12,9
Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	739,1	726,2	912	-12,9
Departemente insgesamt	8 362,4	8 443,6	11 342	81,2
Gerichte	262,3	267,8	330	4,9
Behörden und allgemeine Verwaltung	38,8	39,3	53	0,5
Sozialstellenplan	0,0	0,0	0	0,0
Total Kanton	8 663,9	8 750,6	11 725	86,7

Entwicklung Headcount 2017 – 2021



█ Köpfe
█ VZÄ*

*
 Der Personalbestand wird in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) und Personen (Anzahl Köpfe) ausgewiesen. Die Angabe in Vollzeitäquivalenten resultiert aus der Umrechnung des Beschäftigungsgrades aller Beschäftigten in Vollzeitstellen. Im Headcount enthalten sind alle unbefristet angestellten Mitarbeitenden im Stunden- und Monatslohn, alle länger als ein Jahr befristet angestellten Mitarbeitenden und alle Durchgangsstellen im Gesundheitsdepartement. Im Headcount nicht enthalten sind alle weniger als ein Jahr befristet angestellten Mitarbeitenden, alle Ausbildungs-, Kredit- und weiterverrechneten Stellen und alle Durchgangsstellen ausserhalb des Gesundheitsdepartements.

Herausgeber

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt
Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Texte

Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt
MatthiasZehnder.ch AG, Basel

Visuelles Konzept und Gestaltung

Wernlis, grafische Gestalter, Basel

Illustration Titelseite

Fabia Zindel, Matrix Basel GMBH

Fotos «Aus Basel»

Martin Graf | Fotografie

Foto Regierungsrat

Ursula Sprecher und Andi Cortellini, Basel

Druck

Werner Druck & Medien AG, Basel

